



Amann: Vom Arbeitnehmer zum
Humankapitalinvestor Seite 2



Schmid: Stoppt die politische Willkür
auf Österreichs Autobahnen Seite 12

Wirtschaft aktiv

RING FREIHEITLICHER WIRTSCHAFTSTREIBENDER

Nr. 1a/2007



**RFW-Landesobmann
Winfried Vescoli**

**Öffnungszeiten zur
EURO 2008 freigeben**

Humankapital wird der wichtigste Wirtschaftsfaktor der Zukunft!

Der Megatrend:

Vom Arbeitnehmer zum Humankapitalinvestor

Die Zukunftsforscher sind sich sicher, dass die humane Revolution nicht aufzuhalten sein wird. Die humane Revolution ist der Ausbruch des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit.

Das heißt der Übergang von einem System, in dem das Kapital gegen die Arbeit gewinnt, in ein System,

Daher müssen frühzeitig Weichen für die Veränderung der Arbeitswelt gestellt werden. Die künftige Wissensgesellschaft bezieht ihre Produktivität vom Wissen, das Kapital wird in den Hintergrund gedrängt.

Deshalb erhält der Mensch, in dessen Kopf das Wissen steckt, auch einen neuen Stellenwert in der

Im Kampf um die besten Köpfe sind Wohlfühlunternehmen mit Service für die Mitarbeiter künftig erfolgreich. Dienstleistungen in der Nähe oder Rundumservice mit Haushaltshilfe und Babysitter, sind wichtige Entscheidungsfaktoren für Humankapitalinvestoren, vor allem vor dem Hintergrund, dass gerade Frauen zu den Gewinnerinnen der humanen Revolution gehören. Doch man soll sich in Zukunft nicht nur wohl fühlen und selbst bestimmen, wann man arbeitet. Man soll über seine Arbeit frei entscheiden können.

In Zukunft werden wir dazu übergehen, dass jeder das Produkt haben kann, das er haben möchte. Die Wissensgesellschaft verlangt unsere Individualität. Durch immer ausgefeiltere Technik schließen sich Einmaligkeit und Automatisierung nicht mehr aus. Die Produkte werden so unverwechselbar wie die, die sie erfinden. Dazu kommt noch, dass wir immer niedrigere Geburtenraten haben. Weniger Nachwuchs bedeutet einen ausgetrockneten Arbeitsmarkt. Wie halten wir die guten Leute? Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverhältnis drehen sich langsam um. Und je mehr wir Wissensarbeit, Kreativität und Teamwork in unserer Wirtschaft haben, umso wertvoller wird die Ressource Mensch.

Detlef Gürtler spricht vom "Aufstand der Wunschkinder". Die Gesamtkunstwerke ihrer Eltern sind gewöhnt, etwas Besonderes zu sein und brauchen das auch bei der Arbeit. In der Wissensgesellschaft

in dem die Arbeit in Form des Humankapitals gegen das Finanzkapital gewinnt. Vor diesem Hintergrund müssen zukunftsorientierte Unternehmer umdenken. Nicht mehr der Shareholder-value wird die interne Unternehmenspolitik bestimmen, sondern was es den Mitarbeitern bringt, dort zu arbeiten.

Wirtschaftswelt. Bereits jetzt wird um die besten Köpfe intensiv geworben. Um künftig erfolgreich zu sein, muss für den kreativen Menschen ein neues Umfeld geschaffen werden, denn nur dann wird er bereit sein, sein Humankapital dem Unternehmen zur Verfügung zu stellen. Kreativität braucht Zeit und Freiheit.



ist jeder mit seinen Erfahrungen etwas Besonderes und als ganze Person gefragt. Daher werden nicht mehr die Vorgesetzten diejenigen sein, die bestimmen, in welche Richtung es geht, sondern es sind die Mitarbeiter selbst. In der mehr und mehr integrierten Arbeitsteilung vernetzt sich jeder mit seinem individuellen Können.

Jeder arbeitet an seiner Vervollkommnung, nicht mehr für die Firma. Arbeit bringt dann endlich ins Reich der Selbstverwirklichung und der Selbstverwertung.

Eigenkompetenz, Eigenverantwortung, und Selbstmanagement wird den Humankapitalinvestor auszeichnen.

Das RFW Modell der „neuen Arbeitswelten“ oder erst jüngst das RFW-Modell der modularen dualen Lehrlingsausbildung, sind Grundlagenbeiträge zur dieser Entwicklung.

RFW - Bundesobmann Fritz Amann: „Die Zukunftsforscher sind sich einig. Eine Veränderung der Arbeitswelt steht ins Haus. Es gilt heute Konzepte für morgen zu entwerfen.“



Die Entwicklung **VOM** **Arbeitnehmer zum Humankapitalinvestor** und seine Vorteile

Die Zukunft wird von Brüchen in den Arbeitsbiographien geprägt sein. Das alte Schema Vollarbeitszeit sowie generöse Karriereplanung wird von den neuen Bedürfnissen der Menschen verdrängt. Immer mehr Leute basteln sich ihre Geldquellen je nach Lebensabschnitt und Bedürfnissen zusammen. Das Motto der Zukunft heißt – „Creative Work“ - was soviel bedeutet, dass jeder für sich entscheidet, wem er sein Humankapital zur Verfügung stellt und wie lange.

Creative Capital ist der Wirtschaftstreiber der Zukunft

Die Unternehmen werden sich durchsetzen, die dem Humankapitalinvestor die Strukturen zu Verfügung stellen, indem sich das kreative Kapital optimal entfalten und zum Innovationstreiber werden kann.

Maximale Flexibilität

Vollzeitfesteinstellungen sowie vorgegebene Karrierefade sind Vergangenheit. Zukunftsfähige Unternehmen werden individuelle und flexible Kontrakte mit den Mitarbeitern aushandeln. Erfolgreich ist, wer es schafft, sich je nach Lebensphase und eigenen Bedürfnissen ein Arbeitsmodell zu kreieren.

Ich Designer

Nicht die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes, sondern die Weiterentwicklung der eigenen Potentiale ist die Zukunft. Statt teuren Umschulungen entwickelt der Humankapitalinvestor seine Einzigartigkeit, indem er seine Leidenschaften und Stärken fördert und ausbaut.

Tausch von Sicherheit gegen Sinn

Die Herausforderung im Job geht vor Entlohnung. Die Fähigkeit zu einem lukrativen Angebot Nein zu sagen, weil es keine Weiterentwicklung oder Freude bringt, ist eine Zukunftskompetenz.

RFW-Tirol Landesobmann Komm.Rat Winfried Vescoli:

Fußball EM 2008

Ladenöffnungszeiten freigegeben!



Vescoli fordert Freie Ladenöffnungszeiten an Sonntagen und an den Abenden und längere Gastgartenöffnungszeiten in Tirol während der Fußball EM im Juni 2008.

Tirol wird von hunderttausenden Fußballfans mit ihren Familien besucht werden. Nicht nur die drei Spiele in Innsbruck bringen knapp 100.000 Zuseher. Die internationalen Fachleute rechnen mit einer bis zu vierfachen Anzahl an Fans, die sich die Spiele in sogenannten Publicviewing Fanmeilen „reinziehen“. Nicht nur Innsbruck, ganz Tirol wird sich über drei Wochen ab 7. Juni 2008 im SPORT -Ausnahmезustand befinden.

Im positivem Blickwinkel werden tausende Italiener mit ihren Wohnmobilen Standorte suchen und viele junge Leute in Privatzimmer Unterkunft finden.

Sämtliche Hotels aller Kategorien werden restlos ausgebucht sein, ebenso Jugendherbergen und freie Schlafstellen im Innsbrucker Fandorf am Messegelände.

„Dies fordert aber auch dringend Begleitmaßnahmen wie freie Ladenöffnungszeiten an Sonntagen und auch längere Öffnungszeiten am Abend,“

stellt RFW Obmann Vescoli fest. Den Gastwirten muß auch gestattet werden, am Abend während der Fußballeuropameisterschaft ihre Gastgärten länger offen zu halten. In südlichen Ländern fängt das Leben in den Innenstädten erst um 22 Uhr an – und Tirol wird von unseren südlichen Nachbarn überschwemmt werden.

„Wir müssen bei dieser Sportgroßveranstaltung die Chance ergreifen, Innsbruck und Tirol nachhaltig als Tourismusland und als Sportland im Herzen der Alpen mit unserer unverbrauchten Natur, mit unseren Qualitäten wie frisches Berg-Quellwasser und natürliche Gastfreundschaft in den Köpfen der Gäste, insbesondere der Jungen, tief zu verankern,“ so der Landesobmann der RFW Tirol Komm.-Rat Winfried Vescoli.

„Dazu gehören sicher auch der lange Abendeinkauf und das Shopperlebnis am Sonntag,“ hofft Vescoli auf die politischen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft.

Ein knappes Jahr noch bis zum Anpfiff des Megaevents Fußball Europameisterschaft 2008 in Tirol und Österreich. Tirol liegt genau im Herzen der Austragungsstädte.

Unser Tirol im Herzen der Alpen muss bei der EM 2008 „trendig und cool“ rüberkommen.

Danke für die rege Unterstützung in unserer letzten Ausgabe für eine Gratisparkstunde in Innsbrucks Innenstadtparkgaragen

Tägliche Gratisparkstunde in Innsbrucks Parkgaragen rückt näher

Seit 4 Jahren bereits fordert der Tiroler RFW Obmann Komm.-Rat Winfried Vescoli die tägliche Gratisparkstunde in Innsbrucks Innenstadttiefgaragen.

Nun bemüht sich Innsbrucks Verkehrsstadtrat DI Walter Peer gemeinsam mit Innsbrucks Bürgermeisterin Hilde Zach in zähen Verhandlungen mit den verschiedenen Garagenbetreibern, verbunden mit

einem Verkehrs-Parkplatzgesamtsystem der oberirdischen Stellflächen und der Garagenplätzen mit den Innsbrucker Innenstadt-Kaufleuten dieses Ziel zu verwirklichen.

Die rege Beteiligung mittels Unterstützungsunterschriften in unserer letzten Wirtschaft Aktiv Ausgabe hat zu einem wesentlichen Teil dazu beigetragen. Allen Lesern ein Danke dafür.





RFW - Tourismussprecher Stefan Draxl

“Kurskorrektur für die heimische Tourismuswirtschaft und Gastronomie vollzogen!”

Eine langjährige Forderung des RFW zur Arbeitszeitflexibilisierung wurde nun mit den Sozialpartnern beschlossen. Diese Maßnahme wurde für die Unternehmer in der Gastronomie-, Freizeit-, und Tourismuswirtschaft zur Standort- und Wettbewerbssicherung dringend notwendig! Als weiteren Schritt erwartet der Tiroler Tourismussprecher Stefan Draxl nun von der Tiroler Landesregierung eine weitere Flexibilisierung bei den Ladenöffnungszeiten, um Konsumwünschen

Geschulte Mitarbeiter und Fachkräfte sind der Garant für eine florierende Wirtschaft. Es bedarf daher unser aller Anstrengung, partnerschaftliche Lösungen zu finden, um wirtschaftlichen Schaden - verursacht durch Fachkräftemangel - abzuwenden. Angebot und Nachfrage am Tiroler Arbeitsmarkt müssen maßgebend für Förderungen (Ausbildung/Weiterbildung/Umschulung) sein und aufeinander abgestimmt werden. Dahingehend ist auch das AMS in seinem Angebot

undungsmöglichkeiten mit Partnerbetrieben und WIFI in Zeiten ihrer Betriebsruhe.

Tourismussprecher Stefan Draxl kritisiert erneut das Tiroler Tourismusgesetz!

Die Tiroler Landesregierung hat Fusionen von Tourismusverbänden überhastet verordnet. Trotz massiven Bemühungen des RFW Touristikers werden diese Fusionen jedoch nicht auf ihre Zweckmäßigkeit hin überprüft. "Hier werden fusionsbedingt benachteiligte Gemeinden von der Tourismusabteilung des Landes Tirol mit Füßen getreten"!

Der von Stefan Draxl eingebrachte Antrag zur juristischen Überprüfung des in Kraft befindlichen Tourismusgesetzes wurde trotz einstimmigen Beschlusses im Wirtschaftsparlament der WKO Tirol nicht behandelt! Der RFW wird sich daher als einzige Fraktion der Tiroler Wirtschaftskammer weiter darum bemühen dass Unternehmer in benachteiligten Tourismusgebieten Gehör finden und "rechtmäßig" vertreten werden!

Katastrophe für Tourismus abgewendet!

Gemeinsam mit unseren Nachbarn in Deutschland konnte der Vorschlag der EU-Kommission der sogenannten "Rom-1-Verordnung" abgewendet werden. In dieser hätten alle Verträge mit Hotels und Gaststätten im Falle eines Prozesses auf das Recht des jeweiligen Heimatlandes der Vertragspartner Einfluss genommen. Streitigkeiten mit Mitarbeitern aus dem Ausland wären im Vertragsfall davon ebenfalls betroffen gewesen.



- nach Bedarf - gerecht zu werden und den Unternehmern somit weitere Umsatzsteigerungen zur Standort-, und Arbeitsplatzsicherung zu ermöglichen.

Statistiken belegen, dass sich die Aufenthaltsdauer von Urlaubsgästen in unserem Land deutlich reduziert hat. Somit werden angepasste und flexible Regelungen von Ladenöffnungszeiten zur Gewinnoptimierung weiter notwendig. "Konjunkturaufschwung bedeutet steigende Finanzkraft und verstärktes Konsumverhalten". Tiroler Unternehmer müssen die Möglichkeit haben, ohne Einschränkung - bedarfsorientiert - zu wirtschaften.

nachweislich zu verpflichten. Der Tiroler Tourismussprecher, Stefan Draxl fordert den verpflichtenden Konsens der Tourismuswirtschaft mit den Jugendlichen in den Schulen, um eine nachhaltige Konsolidierung der Arbeitsmarktsituation mittels einer Wirtschaftsförderung (Ausbildungsvorschuss) zu erreichen. Bereits installierte Modelle wie das modulare duale Lehrlingsausbildungsmodell oder in Ausarbeitung befindliche Modell "Lehre mit Matura" sind wichtig und sollten durch Fördermittel arbeitsmarktabhängig weiter attraktiviert werden. Saisonabhängige Tourismusbetriebe benötigen - strukturbedingt - eigene, erweiterte Lehrlingsausbil-

Freibetrag für investierte Gewinne

Mit dem KMU Förderungsgesetz 2006 wurde für Einnahmen-Ausgaben-Rechner ein Freibetrag für investierte Gewinne eingeführt. Er beträgt das 10-prozentige des Jahresgewinnes (maximal 100.000 Euro) und reduziert ab der Veranlagung 2007 die Steuerbemessungsgrundlage.

Voraussetzung für die Inanspruchnahme ist, dass im gleichen Kalenderjahr Investitionen in begünstigte Wirtschaftsgütern getätigt werden. Zu den begünstigten Wirtschaftsgütern zählen abnutzbare körperliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens mit einer vierjährigen Nutzungsdauer (z. B. Betriebs- und Geschäftsausstattung) sowie bestimmte Wertpapiere. Nicht begünstigt sind z. B. Investitionen in Gebäude, Pkw bzw. gebrauchte Wirtschaftsgüter.

Im soeben erschienen Entwurf des Wartungserlasses zu



den Einkommensteuerrichtlinien hat das Bundesministerium für Finanzen (BMF) seine Rechtsansicht zu dieser Steuerbegünstigung dargelegt. Bedauerlicherweise wird darin versucht, die Begünstigung einzuschränken. So soll der Freibetrag z. B. für Gesellschafter-Geschäftsführer oder Ärzte mit Sonderklassegebühren nicht zustehen. Auch Mieterinvestitionen sollen von der Begünstigung ausgeschlossen werden, obwohl der Verwaltungsgerichtshof gerade entschieden hat, dass Mieterinvestitionen in der Regel nicht dem Gebäude zuzurechnen sind. Wenn das BMF bei seiner (nicht nachvollziehbaren) Rechtsansicht bleibt, dürfte es eine Frage der Zeit sein, bis sich die Höchstgerichte damit beschäftigen müssen.

Verlustvortrag

Durch das KMU Förderungsgesetz 2006 wurde die Möglichkeit der Verlustverrechnung für Einnahmen-Ausgaben-Rechner neu geregelt. Einnahmen-Ausgaben-Rechner können ab der Veranlagung 2007 die Verluste der letzten drei Kalenderjahre als Verlustvortrag (Verlustabzug) geltend machen. Zu beachten ist - ebenso wie bei bilanzierenden Steuerpflichtigen - die sogenannte "Verlustvortragsgrenze". Demnach können vortragsfähige Verluste nur bis zu einer Höhe von maximal 75% des Gesamtbetrages der Einkünfte pro Jahr abgezogen werden. Nicht verrechenbare Verluste werden vorgetragen und können in den Folgejahren abgezogen werden.

Bisher waren bei Einnahmen-Ausgaben-Rechner jene Verluste, die in den ersten drei Jahren nach Betriebser-

öffnung entstanden sind - sogenannte "Anlaufverluste" - zeitlich unbegrenzt verrechenbar. Durch die Regelung im KMU Förderungsgesetz wären jene Anlaufverluste, die in den Jahren bis 2003 entstanden sind und bis zum Jahr 2006 nicht verrechnet werden konnten, verloren gegangen. In dem Anfang Februar versendeten Entwurf des Budgetbegleitgesetzes 2007 wurde diesbezüglich eine erfreuliche Klarstellung bzw. Neuregelung vorgesehen. Anlaufverluste der Wirtschaftsjahre bis 2006 sollen weiterhin abzugsfähig bleiben, soweit sie nicht ausgeglichen bzw. abgezogen werden konnten. Damit gehen die bis 2006 entstandenen und noch nicht verrechneten Anlaufverluste nicht unter, sondern bleiben zeitlich unbegrenzt vortragsfähig.

RFW-Bundesobmann Amann lehnt Maschinensteuer entschieden ab!

Der Bundesobmann des RFW, Ing. Fritz Amann, lehnt den Vorschlag der Gewerkschaft, die Maschinensteuer von Dallinger wieder zu diskutieren, entschieden ab und wundert sich, dass diese Initiative aus der ÖVP-Gewerkschaft kommt.

Die Gewerkschaft läuft wieder einmal in die Irre!

Die Lösung zur Problematik ist nicht die Produktivitätsabgabe, son-

dern die Humanisierung des Steuersystems, wie Amann es schon vor 2 Jahren vorgeschlagen hat. Statt wie der damalige Sozialminister Dallinger in den 80er Jahren eine Maschinensteuer zu fordern, sollte man den Faktor Lohnkosten bezogen auf den Nettoproduktionswert berücksichtigen.

Das wäre nämlich der richtige Ansatz für ein modernes Steuersystem, welches den Einsatz von Humanka-

pital belohnt, indem es steuerlich zu einer Rückvergütung kommt. Wer investiert soll nicht bestraft werden. Wer Beschäftigung schafft, soll aber belohnt werden. Daher stellt er sich statt der derzeitigen fixen KöSt. von 25% eine flexible Gestaltung dieser Unternehmenssteuer vor, indem man diese - innerhalb einer noch zu fixierenden Bandbreite - künftig dem Humanaufwand eines Betriebes anpasst.

Jede Übergabe eines Unternehmens ist ein Einzelfall. Es gibt kein Patentrezept. Daher sollte man die anstehende Übergabe genau planen. Es stehen auch Fördertöpfe für diesen Fall bereit.

Rund ein Viertel der Betriebe werden bald übergeben

Betriebsnachfolge und Unternehmensübergabe

Glaubt man den Prognosen, dann wird in den nächsten 5 bis 10 Jahren rund ein Viertel aller österreichischen Klein- und Mittelbetriebe zur Übergabe an Nachfolger anstehen. Für eine erfolgreiche Übergabe sind viele Faktoren ausschlaggebend, wichtig ist jedenfalls eine rechtzeitige Weichenstellung. Derzeit findet noch rund die Hälfte aller Nachfolgen im Familienkreis statt, aber der Anteil der Unternehmensübertragungen außerhalb der Familie steigt ständig. Patentlösungen gibt es nicht, daher sollte professionelle Beratung an erster Stelle stehen. Dafür sind einerseits Steuerberater, Wirtschaftstreuhänder und Anwälte prädestiniert, andererseits bietet auch die Wirtschaftskammer entsprechendes Service.

Vielfältige Förderungsmöglichkeiten

Eine Vielzahl von Förderungen erleichtert den Start ins Unternehmerleben bzw. die Übernahme von Betrieben, so z. B.:

- Zuschüsse für das Ansparen von Eigenkapital (sogenannter Gründungsbonus – bis 8.400 Euro)
- Investitionszuschüsse
- Kredite mit gedeckelten Zinsen
- Übernahme von Bürgschaften bzw. Garantien
- Kostenlose Gründungs- und Rechtsberatung
- Befreiung von bestimmten Gebühren

Beispiel Jungunternehmerförderung durch die Austria Wirtschaftsservice GesmbH:

Prämie für Investition in Höhe von 10 % (max. 30.000 Euro)
Haftungsübernahme von 80 % für Kredite bis 600.000 Euro (Investition) bzw. 300.000 Euro (Betriebsmittel)

Wichtig ist dabei, daß rechtzeitig – also vor Inangriffnahme des Projekts – mit der Förderstelle Kontakt aufgenommen wird.

Voraussetzung ist auch, daß das Projekt eine plausible Erfolgchance



hat. Und: Nicht alles ist förderbar – keine Prämie gibt's z. B. für Ankauf unbebauter Grundstücke oder für Transportfahrzeuge.

Wo gibt es Informationen

Gründerservice-Stellen der Wirtschaftskammern in den Bundesländern: www.gruenderservice.at

Austria Wirtschaftsservice GesmbH, Ungargasse 37, 1030 Wien, Tel. 01/50175-253 (Frau Mag. Frank), www.awsg.at

Junge Wirtschaft / Gründerservice WKO, Wiedner Hauptstr. 63, 1045 Wien, Tel. 05 90900 3030 www.nachfolgebonus.at

Förderportal der econet-Gruppe www.foerderportal.at

Deutschland ermöglicht die Mini-GmbH

In Deutschland wurde die Einlage zur GmbH - Gründung abgesenkt. Waren es früher 25.000 Euro so reichen ab 2008 Euro 10.000 zur Gründung einer GmbH.

Im Zuge dieser Novelle wurde auch die Mini-GmbH geschaffen. Bei dieser Gesellschaft braucht man nur einen Euro Stammkapital. Um die Gläubiger zu schützen, gelten hier

strenge Transparenzvorschriften und auch die Verpflichtung, jedes Jahr ein Viertel des Gewinnes als Rückstellung zu verbuchen.

So soll Stück für Stück Eigenkapital aufgebaut werden. Sind die 10.000 Euro erreicht, kann man die Mini-GmbH. in eine normale Gesellschaft mit beschränkter Haftung umwandeln.

Deutschland hat sich zu diesem

Schritt entschlossen, weil die ausländischen Billig-Rechtsformen, wie die britische Limited, sehr zugezogen hat.

In Österreich muß das Stammkapital einer GmbH. mindestens 35.000 Euro betragen. Aus dem Justizministerium hört man, daß auch hierzulande über ein Absenken der Einlagengrenzen nachgedacht wird.

RFW-Forderungen im Detail



Eine neues modulares Ausbildungssystem für die Zukunft

Das System der dualen Ausbildung

Gerade der Jugend muss man neue Ausbildungsmodelle anbieten, die den Wandel der Wirtschaft, aber auch Gesellschaft nachdrücklich berücksichtigen. Vor allem im Bereich der Facharbeiter brauchen wir für die Jugend neue Anreize, indem wir diesen Berufsweg aufwerten und interessant für die Zukunft machen. Das vom RFW entwickelte modulare duale Ausbildungssystem wäre der richtige Weg, auf dem man aus jungen Menschen von heute den Facharbeiter von morgen machen könnte.

Maximale Flexibilität durch Praktikumsvertrag

Die Suche nach einer Lehrstelle fällt weg. Der junge Mensch sucht sich ein Unternehmen, mit dem er einen Praktikumsvertrag abschließt. Daneben

schreibt er sich für das modulare Ausbildungssystem ein. Das kann er jederzeit machen, auch wenn er noch keinen Praktikumsvertrag hat. Er hat somit die Möglichkeit seine Defizite im Bereich kaufmännische und sprachliche Ausbildung zu beheben, bevor er ein Praktikum beginnt. Er hat weiter die Möglichkeit das Praktikum zu wechseln, wenn er erkennt, dass er sich in einem anderen Berufsbild ausbilden lassen will. Er kann aber auch das Unternehmen wechseln, wenn er sich in seinem Berufsbild verbreitern will (höhere Qualifikation)

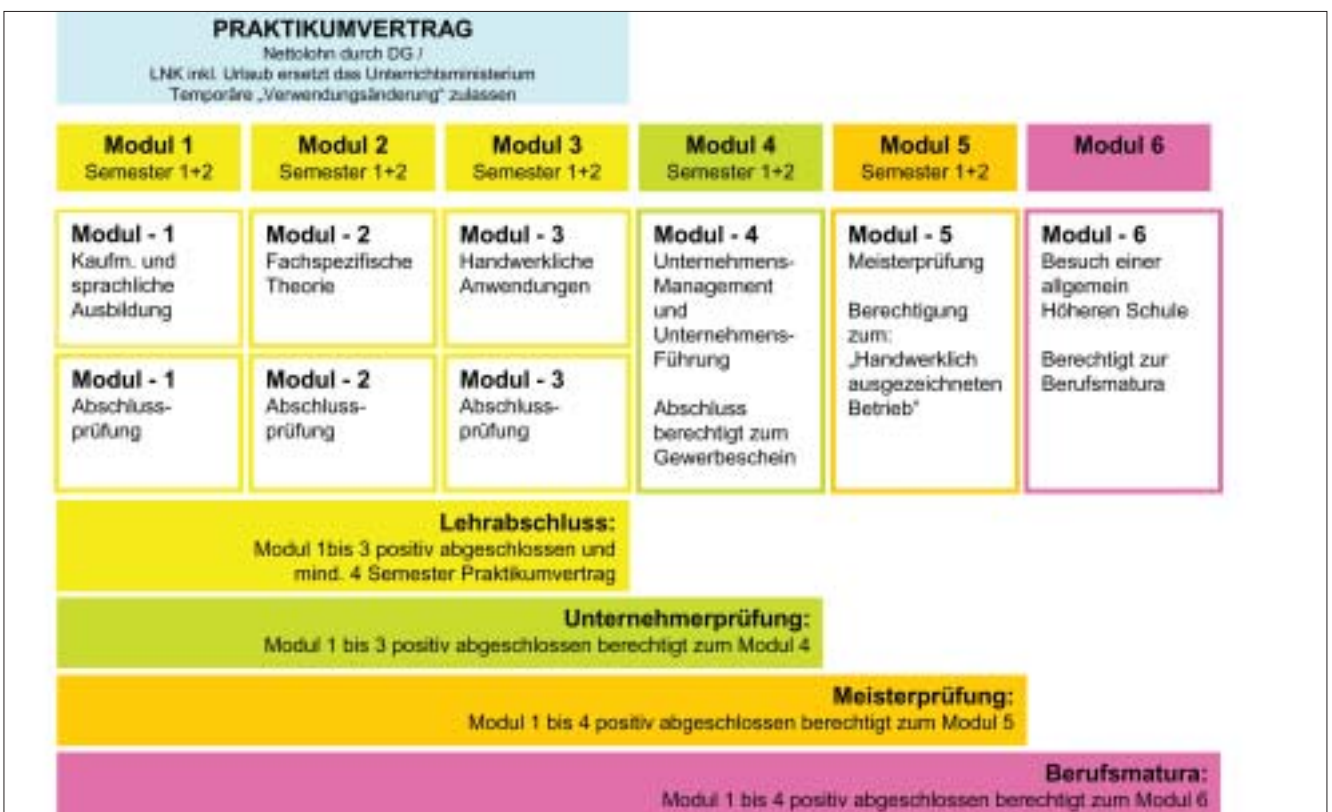
Chance auf Weiterbildung

Junge Menschen, die nur angelehrt wurden, können sich höher qualifizieren, indem sie die 3 Module positiv ab-

schließen. Mit der nachträglichen Qualifikation stehen ihnen dann die Möglichkeiten offen, mit der Unternehmer- oder Meisterprüfung ein Gewerbe bzw. qualifiziertes Gewerbe selbständig auszuüben, aber auch die Weiterbildung an einer Fachhochschule oder Universität. Chancen, von denen die heutigen Lehrlinge nur träumen können.

Aufwertung in der Gesellschaft

Der Lehrling steigert seinen gesellschaftspolitischen Stellenwert, indem er dank des neuem Ausbildungsmodus zum Fachstudent wird. Dadurch sollten mehr Jugendliche für die „Karriere mit Lehre“ gewonnen werden, schließlich braucht die Wirtschaft in Zukunft dringend gut qualifizierte Facharbeiter.



Endlich?!

2009 kommt das **Aus** für Werbesteuer

Was der Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender und Unabhängiger (RFW) schon lange eingefordert hat, wird nun endlich umgesetzt, nämlich die Abschaffung der leidigen Werbe-steuer!

„Jetzt wird endlich umgesetzt werden müssen, was Ex-Finanzminister Grasser uns schon längst versprochen hat“, so Matthias Krenn, WKÖ-Vizepräsident und stellvertretender RFW-Bundesobmann zur Ankündigung von Vizekanzler und Finanzminister Molterer, die Abschaffung der Werbe-steuer im Zuge des Finanzausgleichs für 2008 anzugehen.

Die Werbesteuer war bisher ein großer und darüber hinaus noch weltweit einmaliger Standortnachteil, der die Werbewirtschaft teuer zu stehen

kam. Krenn ist sich sicher, dass die Kommunikationsbranche die eingesparten Kosten wieder großteils in Werbeaktivitäten investiert und das Wirtschaftswachstum damit direkt ankurbelt.

Weiters entsteht durch den Wegfall dieser Steuer, ein Potenzial von 1000 neuen Arbeitsplätzen innerhalb der nächsten fünf Jahre.

Durch diesen Teilerfolg sieht Krenn die Forderungen des RFW in Richtung Bagatellsteuern gestärkt.



Wir vom RFW werden weiterhin für die Abschaffung der unzähligen Bagatellsteuern, wie Gesellschaftssteuer, Feuerschutzsteuer oder Luftsteuer kämpfen. Dies ist eine unsere dringendsten Forderungen an die neue Regierungsmannschaft“, so Vizepräsident Matthias Krenn abschließend.

Höhere Krankenversicherungsbeiträge und Energiekosten treffen den Mittelstand!

Unannehmbare Mehrbelastungen für die klein- und mittelständischen Unternehmen sieht der RFW im Regierungsprogramm der großen Koalition. Die angekündigte Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge um 0,15% wird beispielsweise die Gewerbe- und Handwerksbetriebe mit rund 75 Millionen Euro zusätzlich pro Jahr belasten. Auch die Erhöhung der Mineralölsteuer sowie das Roadpricing sind, angesichts der Tatsache, dass die Gewerbe- und Handwerksbetriebe der Motor der österreichischen Wirtschaft sind, ebenfalls kontraproduktiv. Es ist daher völlig unverständlich, dass der Wirtschaftsbereich weiter belastet wird, der mit seinen über

90.000 Unternehmen, die 600.000 Jobs sichern und knapp 60.000 Lehrlinge ausbilden, ein Drittel des BIP erwirtschaftet.

Auch wenn man aus Sicht der Wirtschaftsforscher für 2007 optimistisch ist, ortet der RFW schon den ein oder anderen Wermutstropfen. So könnte die bereits erwähnte Steigerung der Energiekosten, die hohen Lohnnebenkosten und die anziehenden Preise für Rohprodukte bewirken, dass das zarte österreichische Konjunkturpflänzchen durch diese Belastungen zusammengestutzt wird. Der RFW jedenfalls sieht im Wirtschaftsprogramm der neuen Regie-

rung wenige Impulse der öffentlichen Hand. Der Negativtrend der letzten Jahre werde wohl fortgeführt. 20 Prozent Rückgang bei den öffentlichen Aufträgen, sind für den Standort nicht leicht zu verkraften. Die Tatsache, dass der Anteil der öffentlichen Aufträge bei Gewerbe- und Handwerksbetrieben 2006 nur noch bei 11% gelegen ist und vor 20 Jahren noch 25% betragen hat, zeigt, dass der Mittelstand zu den Verlierern der Wirtschaftsinvestitionspolitik der letzten Jahre zählt und diesen negativen Trend gilt es so schnell wie möglich umzukehren!



Justizministerin Berger: „Die Pflichtveröffentlichung dient nur zum Erhalt der Wiener Zeitung!“

Beim Antrittsbesuch im Justizministerium brachte der WKÖ-Vizepräsident und stellvertretende RFW-Bundesobmann Matthias Krenn dringliche Themen, wie beispielsweise die endgültige Abschaffung der Pflichtveröffentlichung in der Wiener Zeitung, auf den Tisch: „Für den RFW ist diese Veröffentlichungspflicht schon lange ein Dorn im Auge. Und sogar Justizministerin Dr. Maria Berger bestätigte unsere Vermutung – dass diese nur zum Erhalt der Wiener Zeitung beiträgt. Deshalb fordern wir vom RFW weiterhin eine rasche Abschaffung dieser Schikane und hoffen hier natürlich auf eine breite Unterstützung aus dem Ministerium“, so Krenn in einer ersten Stellungnahme.

Aber auch die neue Basel II-Regelung wurde von Vizepräsident Krenn bei diesem Termin angesprochen: „Es wurde versprochen, dass Unterkreditkredite bis zu einer Million Euro wie normale Konsumentenkredite behandelt werden. Nur leider ist schon mehrfach mitgeteilt worden, dass auch bei diesen Krediten Basel II-Bearbeitungsgebühren, oftmals überhöhte Zinsen und diverse Spesen verrechnet werden. Eine nicht akzeptable Vorgangsweise und Zusatzbelastung für unsere heimischen Wirtschaftstreibenden.“ Auch hier hofft der RFW auf eine rasche Unterstützung der Justiz- bzw. Konsumentenministerin Dr. Berger.

Des Weiteren wurde eine Problematik

angesprochen, die vor allem Lebensmitteleinzelhändler stark betrifft:

„Bisher galten diese Unternehmen bei einer Umsatzgrenze von 600.000 Euro im Jahr als Einnahmen-Ausgabenrechner und mussten weder bilanzieren noch eine doppelte Buchhaltung führen. Mit Beginn dieses Jahres wurde die Grenze auf 400.000 Euro herabgesetzt. Dadurch ergibt sich für ca. 2.000 betroffene Betriebe mit nur geringen Gewinnen eine deutliche, für die meisten kaum noch verkraftbare, finanzielle Mehrbelastung. Auch hier wird sich der RFW weiterhin intensiv für eine vertretbare Lösung im Sinne der betroffenen Unternehmer einsetzen“, so Krenn.



„Und die einen sind im Dunklen und die andern sind im Licht, doch man sieht nur die im Lichte, die im Dunklen sieht man nicht.“

Soweit der Refrain über die Moritäten des „Mackie Messer“ in Brecht's Dreigroschenoper.

Im Dunklen bewegt sich auch weitgehend die Wirtschaftskriminalität in Österreich. Der Schaden kann nur geschätzt werden, die Internationale Handelskammer ICC Austria geht von 15 Milliarden Euro aus, das Beratungsunternehmen Ernst & Young kommt auf 23 Milliarden Euro, die Österreichs Unternehmen jährlich durch Wirtschaftskriminalität verlie-

Die im Dunklen sieht man nicht

ren. Die Delikte sind dabei weit gestreut. Sie reichen von Veruntreuung und Diebstahl – Stichwort: „Langfinger am Arbeitsplatz“ – über gefälschte Rechnungen, nicht gedeckte Schecks bis hin zur Produktpiraterie. Dazu kommen Geldanlagebetrug und diverse Internet-Gaunereien.

Auch durchaus gestandene Unternehmer fallen oft auf die gleichen Tricks herein – vor allem dann, wenn

ein scheinbar großer Gewinn winkt. Da wird ohne Bonitätsprüfung geliefert, werden Kreditkartennummern an dubiose Internetadressen geschickt oder versprochene 50 % Zinsen für eine Geldanlage von 6 Monaten als bare Münze genommen.

Daher sollten auf jeden Fall die wichtigsten Vorsichtsmaßnahmen beachtet werden, siehe Kasten.

Vorsichtsmaßnahmen gegen Kriminalität im Unternehmen:

- verstärkte interne Betriebskontrolle
- Bankauskünfte über Geschäftspartner einholen, die man nicht kennt
- gesundes Mißtrauen bei Versprechen von überhöhten Margen oder außergewöhnlich hohem Zinsertrag
- strenge Kontrolle und Überwachung aller elektronischen Zahlungsvorgänge

KOMATRINKEN - einseitige Drohungen und Strafen nicht zielführend

WK-Vizepräsident Krenn: „Den Wirten den Schwarze Peter zuzuschieben ist populistisch und unverantwortlich!“



Kritik am 3-Punkte-Plan des Wirtschaftsministers gegen das Komatrinken übt der WKÖ-Vizepräsident und stellvertretende Bundesobmann des Ringes Freiheitlicher Wirtschaftstreibender und Unabhängiger (RFW) Matthias Krenn: „Diese gesamte Thematik, so aktuell und erschreckend sie auch sein mag, in erster Linie am Rücken der Gastronomen auszutragen, ist schlicht als unakzeptabel abzulehnen“, so Krenn in einer Aussendung.

Dass die Kanzlerpartei hier an vorderster Front den Unternehmern das Leben noch schwerer machen will, ist ja nicht überraschend: „Die Forderung der SPÖ-Jugend-sprecherin Grossmann, den Gastwirten die Betriebsstät-tengenehmigung zu entziehen, ist wirtschaftlich gesehen ein Schwachsinn, aber dass auch die ÖVP und hier in der ersten Reihe das Wirtschafts- und Gesundheitsministe-rium gegen die Unternehmer zu Felde ziehen, ist nicht mehr nachvollziehbar.“

Natürlich spricht sich auch der RFW dafür aus, gegen die schwarzen Schafe im Gastronomiebereich Maßnah-men zu setzen: „Verstöße gegen den Jugendschutz sind, so wie auch schon bisher, zu bestrafen, ob im gewerb-

lichen oder im nichtgewerblichen Bereich, ob in der Disco, im Fest-zelt oder in einem Vereinslokal.“ Einseitige Drohgebärden gegenü-ber den Unternehmern und einer gesamten Branche sind hier jedoch der absolut falsche Zugang.

„Was hilft es, den Wirten die Gewerbebe-rechtigung zu entziehen, wenn die Ju-gendlichen zu Hause private Sauf-Orgien feiern, oder wie es so schön heißt ‚vorglü-hen‘. Hier ist auch an das Verantwortungsbewusstsein der Eltern und Erziehungsbe-rechtigten zu appellieren. Ein Entzug der Erziehungsberechtigung steht auch hier - zu recht - nicht zur Disposition. Das Thema ist viel mehr eine Angelegenheit, die die Gesamtbevölkerung in ihren jeweiligen Verantwor-tungsbereichen betrifft. Daher ist ein Heraus-picken einer einzelnen Zielgruppe durch die zu-ständigen Regierungsvertretern nur ein populistischer Akt, der in dieser Form keine Zustimmung findet“, so Krenn abschließend.

Neues von der Steuer

Pendlerpauschale ab 1. Juli 2007 erhöht

Mit der Erhöhung der Mineralölsteuer am 1.7.2007 wird gleichzeitig auch eine Erhöhung des Pendlerpauschales durchgeführt.

Das Pendlerpauschale wurde um rund 10% erhöht und ab 1.7.2007 müssen alle Unternehmer bei der Lohn- u. Gehaltsabrechnung ihrer Arbeitnehmer, die alle Voraussetzungen erfüllen, folgende Werte berücksichtigen:

Kleines Pendlerpauschale:

Für Fahrtstrecken von 20 bis 40 Kilo-meter gilt nun 45,50 Euro im Monat,

für Strecken von 40 bis 60 Kilometer 90 Euro und über 60 Kilometer 134,50 Euro im Monat.

Das große Pendlerpauschale (Mas-senbeförderungsmittel unzumutbar): Von 2 bis 20 Kilometer Fahrtstrecke 24,75 Euro im Monat, für Strecken von 20 bis 40 Kilometer 98,25 Euro, für Strecken von 40 bis 60 Kilometer 171 Euro und über 60 Kilometer 244,25 Euro im Monat.

Alle Arbeitnehmer, deren Einkommen unter der Lohnsteuergrenze liegt,

würden von dieser Erhöhung nicht profitieren. Dafür gibt es einen „Pendlerzuschlag“ in Höhe von höchstens 90 Euro, der als Negativsteuer vom Finanzamt vergütet wird. Dieser Zuschlag steht zu, wenn der Arbeit-nehmer mind. in einem Kalendermonat Anspruch auf das große oder klei-ne Pendlerpauschale hat. Der Pend-lerzuschlag steht für die Kalenderjah-re 2008 und 2009 zu.

Das heißt, dass dieser Zuschlag daher erstmalig im Jahr 2009 bei der Arbeit-nehmerInnenveranlagung für das Jahr 2008 geltend gemacht werden kann.



Ulf Schmid, Transportunternehmer und Mitglied der Spartenkonferenz Verkehr: „Die Kompetenzen nach dem Immissionsschutzgesetz-Luft (IG-L) für Verkehrsmaßnahmen, die länger als ein Monat angeordnet werden, sollen ausschließlich dem Bundesminister übertragen werden.“

Ulf Schmid, RFW Tirol, zur IG-Luft:

Stoppt die politische Willkür auf Österreichs Autobahnen

„Es darf nicht sein, dass auf Grundlage eines für ganz Österreich gültigen und einheitlichen Bundesgesetzes von Landeshauptleuten zunehmend Fahrverbote beziehungsweise Fahrbeschränkungen erlassen werden, die überwiegend bis ausschließlich politisch motiviert sind, bei vergleichbaren Voraussetzungen vielleicht sogar völlig konträr ausfallen“, ist Ulf Schmid, selbst Transportunternehmer und Mitglied der Spartenkonferenz Verkehr, überzeugt. Ein Dorn im Auge ist dieser nicht mehr überschaubare „Fleckerlteppich“ von unterschiedlichsten Fahrverboten und Fahrbeschränkungen nämlich nicht nur den Unternehmern sondern auch dem für Verkehr zuständigen Bundesminister. Der Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreiber, Landesgruppe Tirol, hat daher über Ulf Schmid im Mai einen Dringlichkeitsantrag im Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Tirol eingebracht.

„Die Wirtschaftskammer Tirol soll gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Österreich Gespräche mit den für Umwelt und Verkehr zuständigen Ministerien führen, mit dem Ziel, dass die Kompetenzen nach dem Immissionsschutzgesetz-Luft (IG-L) für Verkehrsmaßnahmen, die länger als ein Monat angeordnet werden, ausschließlich dem Bundesminister übertragen werden“, erklärt Schmid und freut sich gleichzeitig, dass sein An-

trag im Wirtschaftsparlament einstimmig angenommen wurde.

Dass der Wildwuchs an Fahrverboten und Fahrbeschränkungen der Wirtschaft massiv schadet ist unbestritten. Es besteht wohl auch kein Zweifel darüber, dass dadurch verursachte Staus und Verkehrsverlagerungen die Volkswirtschaft erheblich belasten. Aber: „Seit Inkrafttreten des IG-L zeigt sich, dass Gemeinden, Bezirkshauptmannschaften und Landeshauptleute das Gesetz für politische Zwecke missbrauchen und somit auch völlig unterschiedlich anwenden“, kritisiert Schmid. Die Palette der Auswirkungen dieser willkürlichen Auslegung reicht dabei von Geschwindigkeitsbeschränkungen untertags (z.B. 100 km/h in Oberösterreich zwischen Linz und Enns) über Nachtfahrverbote für LKWs (z.B. in Tirol auf der Inntalautobahn A12) bis hin zu gescheiterten Versuchen. In der Steiermark mussten beispielsweise die Geschwindigkeitsbeschränkung auf Grundlage des IG-L wieder aufgehoben, alle eingehobenen Strafen zurückbezahlt und die noch behängenden Verwaltungsstrafverfahren wegen Überschreitung der angeordneten Geschwindigkeit von 100 km/h eingestellt werden. Besonders prekär ist die Situation in Tirol, wo in den vergangenen fünf Jahren insgesamt drei Verordnungen zum Nachtfahrverbot erlassen wurden. Paradoxes Details am Rande: Das er-

ste Nachtfahrverbot im Jahre 2002 wurde auf Grund einer einzigen Grenzwertüberschreitung drei Jahre zuvor verordnet. Wiewohl diese Grenzwertüberschreitung am Tag gemessen worden war, wurde als Gegenmaßnahme ein Nachtfahrverbot ver-



hängt. Ein ähnliches Bild bot sich im Jahr 2005, wo die Grenzwerte insgesamt 33 Mal, wieder alle untertags, überschritten wurden. Dennoch wurde als Konsequenz das Nachtfahrverbot verlängert. Mit dem Dringlichkeitsantrag hat der Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreiber einen deutlichen Akzent gesetzt, um diesem Missstand endlich Einhalt zu gebieten und wird sich in den nun folgenden Verhandlungen ebenfalls stark engagieren.

Hermann Knabl, Landesobmann-Stv. RFW Tirol:

Facharbeitermangel im Gewerbe bekämpfen



Zukünftig müssen mehr Facharbeiter ausgebildet werden, dazu braucht es auch eine Unterstützung der öffentlichen Hand, so Hermann Knabl.

Leider wurden in den letzten Jahren die Ausbilderbetriebe für Facharbeiter zu wenig kontaktiert bzw. darüber informiert, dass in nächster Zeit größerer Facharbeitermangel bei verschiedenen Betrieben entstehen wird. Es wurden zwar solche Betriebe die bisher Lehrlinge als Facharbeiter ausgebildet haben, durch die Politik immer wieder angesprochen. Es sind aber dafür keine beziehungsweise

fast keine Geldmittel dafür zur Verfügung gestellt worden, um den Lehrbetrieben die hohen Kosten und Mühen zumindest im kleineren Maß helfen zu ersetzen.

Das Problem der Betriebe, die Lehrlinge ausbilden, ist, dass für die ganze Lehrzeit sehr viele Kosten und Risiken anfallen. (Krankheit, jedes Jahr 8 Wochen Berufsschule, Urlaub usw.). Nunmehr ist die Zeit gekommen, dass die Verantwortlichen darüber nachdenken sollten, wie man den Lehrbetrieben durch Geldmittel helfen kann, dass sie wieder bzw. überhaupt bereit sind, Lehrlinge weiter auszubilden. Gäbe es eine geringere Jugendarbeitslosigkeit wäre damit auch den Jugendlichen sehr geholfen. Angemessen wäre, dass jeder Betrieb für jeden Lehrling einen Betrag von ca. 50% der Lehrlingsentschädigung inkl Lohnnebenkosten durch den Staat zurückerstattet bekommt. Damit könnte ermöglicht werden, dass in ca. 3 -4 Jahren wieder genügend Facharbeiter aus Österreich zur Verfügung stehen und dafür auch verständlicherweise weniger Gastarbeiter benötigt werden.

Josef Bellinger, RFW Tirol
Aus der Fachgruppe

Tourismusbeitrag im Tankstellengewerbe



...eine sicher wichtige Abgabe für den Tourismus, aber die Bemessungsgrundlage im Tankstellengewerbe MUSS gesenkt werden, Diese Brutto-Umsatzabhängige Abgabe kann in dieser Branche, in der hohe Umsätze gemacht werden aber die meisten Pächter kaum mehr als 2 Cent/Liter verdienen, nicht nach dem derzeitigen Schlüssel berechnet und vorgeschrieben werden.. Österreichweit schreiben bereits 70% aller Tankstellenpächter rote Zahlen, eine Abgabe in der Größenordnung von derzeit 5.000,- bis über 10.000,- Euro /Jahr ist für den kleinen Tankstellenpächter, der ohnehin kaum die Unkosten decken kann, nicht finanzierbar. In der KFZ Branche z.B. bezahlt eine kleine Reparaturwerkstätte mit wenig Umsatz aber gutem Bilanzergebnis nur einige hundert Euro im Jahr an den Tourismusfond der Tiroler Landesregierung. Ich fordere daher eine sofortige Senkung der Bemessungsgrundlage der Tourismusabgabe im Tankstellengewerbe!

Politikerwort!

Kommentar von Ing. Helmuth Paolazzi

Grundsätzlich leben wir in einem Land, welches sich für die freie Marktwirtschaft entschieden hat und ich selbst bin auch dafür. Ich habe auch kein Problem mit Mitbewerbern – jedoch ändert sich die Sachlage, sollten Förderungen von öffentlicher Hand fließen und nicht für jeden erlangbar sein. In Tirol gibt es in der Holzwirtschaft die Firma Maschinenring Service, welche Rohholz vermarktet. Nachdem Gerüchte aufgetaucht sind, dass hier Förderungen fließen sollten, habe ich mir erlaubt, dies beim zuständigen Landesrat zu

erfragen. Auf meine Frage: bekommt der Maschinenring eine Förderung?, hat mir Herr Landesrat Steixner wörtlich gesagt: ... das bekommst Du von mir schriftlich, dass in diesem Fall keine Förderungen fließen. Da sich der Herr Landesrat während unseres Gespräches keine Notizen gemacht hat, habe ich ihm der Ordnung halber den Inhalt dieses und der weiteren Themen, die ich mit ihm besprochen habe, schriftlich zugeschickt. Leider habe ich bis heute von ihm keine schriftliche Zusendung über dieses o.a. Förderungsthema bekom-

men. Ich frage mich: wieso macht man solche Aussagen als Politiker und hält sie dann nicht ein. Was gilt heute noch das Wort eines „gestandenen Tirolers“.

Für ein Schlussbild: Chancengleichheit bzw. von der Politik vorgegebene Rahmenbedingungen ist das Um und Auf einer funktionierenden freien Wirtschaft.



Ing. Helmuth Paolazzi
RFW-Tirol



Medienarbeit ist auch mit kleineren Budgets möglich. Es muß nicht immer, wie beim Eurofighter, 96.000 Euro für eine Pressekonferenz ausgegeben werden.

Medienarbeit

Erfolg auch mit kleinem Budget

„Bei mir kostet das diesen Preis“ – Erika Rumpold, Geschäftsführerin der Firma 100 % Communications, sprach und verließ den Eurofighter-Untersuchungsausschuß.

Die Rede ist von den ominösen 96.000 Euro, die bei dieser feinen Firma eine Pressekonferenz gekostet hat.

Natürlich geht das bei seriösen PR-Unternehmen um Häuser billiger. Dennoch, kleinere Betriebe scheuen meistens die Kosten. Folge: Kaum Presse- bzw. Medienarbeit, die wenigen doch noch gefertigten Pressemitteilungen landen mangels Professionalität meist ungelesen in den Papierkörben der Redaktionen.

Erfolgsrezepte:

Wie kommt man in die Zeitung?

Weniger durch ein paar Freunderln in einer Redaktion bzw. viele Gratis-Lachsbrötchen bei einer Pressekonfe-

renz, vielmehr durch konsequentes Beachten einiger simpler Regeln:

1. Definieren Sie Ihre Zielgruppe, daraus ergibt sich, welche Medien für Ihr Unternehmen relevant sind. Wählen Sie die wichtigsten aus und treten Sie persönlich mit dem Redakteur(in) in Kontakt.

2. Für Leser muß der Inhalt Ihrer Nachricht interessant sein – nicht für Sie!

Also: Neues, Ungewöhnliches, Überraschendes.

3. Das Wichtigste an den Anfang Ihrer Pressemitteilung. Journalisten haben wenig Zeit. Was am Ende einer zweiseitigen Erklärung steht, wird oft gar nicht mehr gelesen.

4. Für den Inhalt beachten Sie die 7 W-Fragen: Wer, Was, Wann, Wo, Wie, Warum, Woher (Quelle)

5. Herumflunkern, Eigenlob, Hochstapeln ist nicht gefragt. Konkrete Fakten sind wichtig.

6. Verwenden Sie Fotos und Texte zu den Bildern.

7. Eine Pressemitteilung alle 8 Monate bringt nichts. Journalisten wollen regelmäßig versorgt sein.

Für all das brauchen Sie kein Riesebudget, außerdem bieten z.B. das WI-FI, aber auch andere Institutionen laufend Seminare zum Thema Pressearbeit an, die zum Teil auch gefördert werden.

Im übrigen sagte schon Mark Twain: „Schreiben ist leicht. Man muß nur die falschen Wörter weglassen.“

Infos:

www.fachverbandwerbung.at/debrancheninfos-pr_berater.shtml
www.prva.at

Wie funktionieren Google und Co.?

„Warum wird meine Seite bei Google so weit hinten angezeigt? Diese oder ähnliche Fragen stellen sich Unternehmer oft. Um etwas mehr über die Arbeitsweise von Google zu verstehen, hier ein paar technische Details: Hinter jedem Suchmaschinen-Algorithmus steckt ein Mensch. Suchmaschinen wie Google benutzen drei Sorten von Software, um den Index aufzubauen. Diese Spezial-Software besteht aus einer Spider-Software, Index-Software und der Query-Software.

Die Spider-Software „crawls“ (= schleicht) surft durch das Internet

und schaut, ob es neue Seiten gibt, die dem Index hinzugefügt werden können. Das Programm ist einzig und allein am Text und den URL's interessiert. Spider mögen LINKS, weil Sie es sind, die ihn zu anderen Seiten im Internet führen, die wieder LINKS, Text und URL's bringen, die Sie interessieren könnte. Fertig! Die Spider Software liefert die neuen Erkenntnisse an die Index-Software, die aus der Masse an Text, Links und URLs ein sinnvolles Gebilde zaubern möchte. Mithilfe einer komplexen mathematischen Formel, wird anhand von Worten und Wortpaaren der

Index einer Suchmaschine aufgebaut. WICHTIG! Dieser Algorithmus analysiert die Seiten und Links für bestimmte Worte und Wort-Kombinationen und bewertet diese anschließend.

Die Query Software ist zuletzt das, was wir alle sehen. Wenn sie also www.google.at aufrufen, sehen Sie die Eingabezeile ihrer Suchwörter, dahinter steckt die Query Software. Geben Sie ein Wort ein, so durchsucht die Query Software nicht das Internet, sondern es überprüft den Index, der vorab durch die Indexsoftware bereitgestellt worden ist.



Cuba Libre

Das „Unternehmen Cerberus“ ist den Älteren bzw. Geschichtsbewußten durchaus bekannt: Es war der erfolgreiche Durchbruch deutscher Kriegsschiffe durch den Ärmelkanal im Februar 1942.

Ein anderes Unternehmen namens Cerberus ist ein 50 Jahre später in den USA gegründeter sogenannter „Vulture Funds“ – Geierfonds. Diese werden deswegen so genannt, weil sie über angeschlagene Firmen die Kontrolle übernehmen und sie nach beinhardter Sanierung wieder verkaufen. Oder zerschlagen und ausschlachten. Kürzlich hat das US-Unternehmen Cerberus die BAWAG dem ÖGB abgekauft. Und dann gab's plötzlich Rabatz. Eine Welle der Empörung erfaßte als erste die Grünen, kurz darauf die Roten und schließlich auch die große Außenministerin – die BAWAG hatte kubanische Konten gekündigt.



Nun – das hätte man wissen müssen. Die USA verbieten nämlich ihren Bürgern und Unternehmen jedwede Geschäfte mit Kuba.

Und das geht relativ weit – jüngst kam unser aller Governor Arnie deswegen in die Schlagzeilen. Angeblich hat er in Kanada eine kubanische Zigarre geraucht, was in den USA mit Gefängnis geahndet wird. Von einer Aufpudlung der Grünen ist in diesem Fall nichts bekannt, ist doch Schwarzenegger als Nicht-Verhinderer der Todesstrafe ein Bösling.

Kein Bösling hingegen ist der ehemalige US-Präsident Clinton, der als wackerer AIDS-Bekämpfer gerade eine Million aus Österreich abgeholt hat und dabei von Gusi und Fischer umschwärmt wurde – übrigens jener Clinton, der 1996 besagtes Gesetz in Kraft gesetzt hat, das Kuba diskriminiert.

Hoppla – liebe Rote – wie geht das zusammen, meint

Agilus

„Bemerkenswert“

Politikersprüche

„Als Landtagspräsident habe ich nur zwei Chancen in die Zeitung zu kommen: Entweder ich bringe meine Frau um, oder ich erhöhe die Diäten der Abgeordneten.“

Hessens ehemaliger Landtagspräsident Klaus Peter Möller (CDU)

„Die zehn Gebote sind deswegen so kurz und logisch, weil sie ohne Mitwirkung von Juristen zustande gekommen sind.“

Charles de Gaulle, französischer General und Politiker (1890-1970)

„Willst du den Wert des Geldes kennenlernen, dann geh und versuche dir welches zu borgen.“

Benjamin Franklin (1706 - 1790)

„Ein Ruin kann drei Ursachen haben: Frauen, Wetten oder die Befragung von Fachleuten.“

George Pompidou, franz. Politiker (1911 - 1974)

„Der Staatshaushalt muß ausgeglichen sein. Die öffentlichen Schulden müssen verringert werden. Die Arroganz der Behörden muß gemäßigt und kontrolliert werden. Die Zahlungen an ausländische Regierungen müssen reduziert werden, wenn der Staat nicht bankrott gehen will.“

Marcus Tullius Cicero (106 v. Chr. bis 43 v. Chr.), römischer Politiker und berühmtester Redner Roms über Probleme, die sich bis heute nicht lösen lassen.

„Es stört mich nicht, was meine Minister sagen, solange sie tun, was ich ihnen sage.“

Margaret Thatcher, ehemalige britische Premierministerin

„Der Wein behebt den Streit in kürzrer Zeit als Pfaff und Obrigkeit.“

Richard Brinsley Sheridan (1751 - 1816), irischer Politiker und Dramatiker

EURO 2008

Freigabe der Öffnungszeiten für Gastronomie und Handel?

Voller Einsatz für die Klein- und Mittelbetriebe ist die Linie des Ringes
Freiheitlicher Wirtschaftstreibender (RFW).

Die bevorstehende Europameisterschaft im Fußball stellt eine einmalige Ge-
legenheit für Zusatzumsätze dar. Daher müssen zu dieser Zeit die Öffnungs-
zeiten für Gastronomie und Handel freigegeben werden, damit die Wirt-
schaft im vollen Ausmaß an diesem Jahrhundertereignis profitieren kann.

Der RFW fordert Freigabe der Öffnungszeiten für die EURO 2008.
Und SIE?



Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender (RFW) - Tirol, Große Neugasse 28/1, 1040 Wien
Tel.: 01/4082520, Fax 01/4082520-20; office@rfw.at

Impressum: Medieninhaber und Herausgeber: Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender (RFW), Landesorganisation Oberösterreich, ZVR-Nr.: 284146541,
4020 Linz, Pochestraße 3, zugl. Anschrift Redaktion, Verwaltung, Anzeigen. Redaktion Tirol: Komm.Rat Winfried Vescoli. Druck: Wiesinger, Wels.

Sind sie für eine Freigabe der Öffnungszeiten zur EURO 2008?

- Ja, Freigabe der Öffnungszeiten ist eine gute Idee.
- Nein, alles soll bleiben, wie es ist.

Name.....

Adresse.....

Unterschrift.....

Bitte faxen an den
**Ring Freiheitlicher
Wirtschaftstreibender**
Große Neugasse 28/1
1040 Wien

FAX: 01/4082520-20